

Auf dem Boden des Grundgesetzes

Liebe hlz-Redaktion,
mit Interesse habe ich den Artikel "Kampf ums Klassenzimmer" in der hlz 5-6/2012 zur Kenntnis genommen und möchte meinen Beitrag zur Diskussion leisten.

Zuzustimmen ist Christian Stache in dem Punkt, dass die deutsche Gesellschaft keine Kriegsabenteuer braucht und sich gegen Militarisierung zur Wehr setzen sollte.

Damit hören die Gemeinsamkeiten aber auch schon auf. Der Artikel ist recht einseitig, wenig differenziert, nicht unbedingt realitätsnah und auch unhistorisch geschrieben.

Solange Landesverteidigung in irgendeiner Form im Grundgesetz geregelt ist und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch und gerade im europäischen und transatlantischen Rahmen gesehen wird, kann man der Bundeswehr Werbung in eigener Sache schlecht streitig machen, erst recht dann, wenn es keine Wehrpflichtigenarmee gibt und die Bundeswehr zwecks Rekrutierung auf Freiwillige angewiesen ist. Anders als in unseren Nachbarländern und auch in angelsächsischer Tradition ist das Militär bei uns nicht fest verwurzelt und seine Aufgaben werden nicht als aus der Mitte der Gesellschaft stammend betrachtet. Dort ist es gang und gäbe, dass die Regierung über Militäreinsätze bestimmt, nicht das Parlament, das dafür die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stellt, aber keine Mitspracherechte bei der Gestaltung der Einsätze hat. Bei uns ist das anders, und das ist gut so. Das hat aber zur Folge,

dass die Bundeswehr sich mehr um öffentliche Anerkennung bemühen muss als die Streitkräfte in anderen Staaten, in denen Veteranenverbände einen großen Einfluss ausüben, Truppenparaden an der Tagesordnung sind und historische Schlachten gefeiert werden (bspw. D-Day,

*Niemand - außer
am rechten Rand -
strebt ernsthaft eine
Remilitarisierung an*

Re-Enactments). Solche Traditionen hatten wir auch, bei uns waren sie undemokratisch und sie sind verschwunden. Auch das ist gut so. Niemand – außer am rechten Rand – strebt ernsthaft eine Remilitarisierung an. Das Unwort *Propaganda* im Zusammenhang mit den Rekrutierungseinsätzen der Bundeswehr ist vollkommen unangebracht. Wir hatten im Dritten Reich ein unseliges Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) unter der Leitung von Joseph Goebbels, das aber mit der Bundeswehr nicht zu vergleichen ist. Wir haben nicht vor, *Lebensraum im Osten* zu erobern oder die *arische Herrenrasse* europa- oder weltweit zu etablieren und andere *Rassen* dafür auszulöschen oder zu unterjochen. Unsere Streitkräfte sind soweit geschrumpft, dass sie keine RDF (Rapid Deployment Force = Schnelle Eingreiftruppe) -Fähigkeit besitzen, unter anderem deswegen, weil wir keine Truppentransporter aus dem 21. Jahrhundert besitzen (nur Transall und Hercules) und keine Flug-

zeugträger zur Verfügung haben. Zur Landesverteidigung brauchen wir sie auch nicht. Doch die NATO hat inzwischen andere Aufgabenfelder. Die Frage bleibt, ob und in welchem Rahmen wir uns daran beteiligen sollen. Kriegsbeteiligungen werden von der Bundeswehr nicht *angepriesen*, wohl aber diskutiert. Die öffentliche Auseinandersetzung über Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr findet mehr als in anderen Ländern statt, in denen Kriegsgedenken als selbstverständlich verherrlicht (zum Beispiel im *Imperial War Museum*, *National Air And Space Museum*) und zugelassen wird. Dass die Bundeswehr vor allem in der gymnasialen Oberstufe für Rekruten wirbt, ist verständlich. Die Erfahrungen mit den Berufsarmeen der Nachbarländer zeigen, dass nur eine Wehrpflichtigenarmee alle Schichten der Bevölkerung integriert. Sobald eine Berufsarmee keine attraktive Perspektive darstellt, muss sie sich um Offiziersnachwuchs bemühen. In den USA wirbt sie heftig um Rekruten gerade aus sozialen Brennpunkten. Solange das Land aber über eine *Militärkultur* verfügt - durchaus im demokratischen Selbstverständnis, das seit dem Unabhängigkeitskrieg gegen das Mutterland ungebrochen Bestand hat -, kann es sich eine *United States Military Academy* – besser bekannt unter ihrem Standort *West Point* – leisten, die genügend Offiziere ausbildet. In Deutschland haben wir dieses Problem nicht gelöst.

Wir haben ein anderes Problem mit der Berufsarmee als unsere Nachbarländer. Als wir noch eine Wehrpflichtigenarmee hatten, galt das Leitbild des *Staatsbürgers in Uniform*, das nicht unumstritten war, aber diese Lehren aus der Geschichte gezogen worden sind, dass es keine Rückkehr zum Kadavergehorsam des Ersten und Zweiten Weltkriegs geben sollte. Es darf also keine Armee als *Staat im*

Staate geben, was besonders in der Weimarer Republik gefährlich war. Gerade die Einbindung der Bundeswehr durch Wehrpflicht und *Innere Führung* in die Gesellschaft hat antidemokratische Tendenzen in der Bundeswehr größtenteils verhindert. Wenn wir der Bundeswehr nicht mehr erlauben, aktiv für Rekruten in einer Berufsarmee zu werben, wird genau so eine Abspaltung der Armee wieder eintreten.

Mörderische Kriege hat die Reichsregierung geführt, nicht die Bundesregierung. In Deutschland steht jede Kriegsbeteiligung unter Parlamentsvorbehalt. Wer das unterschlägt, respektiert den Bundestag nicht. Es stimmt, gerade im Osten der Bundesrepublik hat die Bundeswehr massiv um Rekruten in den 1990ern geworben, für die es oftmals keine andere Perspektive gab. Wer diese Rekrutierung *perfade* nennt, sollte sich überlegen, wie er Perspektivlosigkeit durch Arbeitslosigkeit im Osten begegnet. Vielleicht stellt er sich der Diskussion mit Bürgermeistern und ortsansässigen Firmen, wenn wieder einmal die Bundeswehr einen Standort schließt. Die Reduzierung der Truppenstärke und die Schließung von Kasernen war unvermeidlich als Resultat des Endes des Kalten

Krieges. Doch für eine Berufsarmee braucht man nun einmal Rekruten.

Politische Indoktrination klingt nach DDR-Manipulation oder politischer Bildung in den dunkelsten Zeiten des Kalten Krieges – durch ehemalige Sta-

Worum es in Afghanistan mit Sicherheit nicht geht, ist ein imperialistischer Krieg - der ist schon vom Grundgesetz ausgeschlossen

lingrad-Vorkämpfer im Westen. Ich kann mich noch gut an die Einfuhrbestimmungen der DDR erinnern, die sie für Westverwandte und Besucher erlassen hatte. Es durfte kein Kriegsspielzeug eingeführt werden. In jedem Schaufenster mit Kinder spielzeug türmten sich Panzer, Soldaten und Waffen. Als Jugendlicher, der sich das ansah, musste ich unwillkürlich an *gute* und *böse* Panzer denken. Diese Unterscheidung gab es auch im Westen, sie war genau so wenig richtig.

Dass Afghanistan kein Lehrstück eines Auslandseinsatzes der neuen Sorte – zur Durchsetzung der Demokratie und westli-

cher Werte – für die Bundeswehr ist, steht außer Frage. Damit werden aber Auslandseinsätze nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Worum es in Afghanistan mit Sicherheit nicht geht, ist ein *imperialistischer Krieg* - der ist schon vom Grundgesetz ausgeschlossen. Imperialistische Kriege haben wir in der Tat geführt, der Erste Weltkrieg war einer, aber nicht der einzige. Die *Operation Atalanta* am Horn von Afrika dient zur Verteidigung von Handelsinteressen, was unsere Nachbarländer als durchaus legitimen Militäreinsatz ansehen, daher gibt es auch eine EU-Operation. Mit unserer großen Außenhandelsabhängigkeit müssen wir uns das Fairness-Argument vorhalten lassen: Ist es fair, dass wir Außenhandelsinteressen verfolgen - zum Beispiel billiges Öl als Schmierstoff für unsere Wirtschaft und Mobilität, als auch sichere Handelsrouten für unsere Exportprodukte -, die militärische Verteidigung aber fast ausnahmslos unseren Verbündeten überlassen? Das fragen sich unsere Nachbarländer schon lange.

Was sind denn die Alternativen? Eine wirtschaftliche Ausrichtung auf den deutschen Binnenmarkt? Nachhaltiges Wirtschaften ohne Öl, mit Wind und Wasser? Ein Land, dessen Interessen von seinen Nachbarn und Freunden militärisch verteidigt werden? Oder ein Land ohne Verbündete? Das alles klingt nach einer romantischen Rückkehr an den Beginn des 19. Jahrhunderts, nach Landwirtschaftsutopien oder dem Morgenthau-Plan. Mit einer irgendwie gearteten realistischen Zukunftsperspektive für ein Deutschland mitten im Europa des 21. Jahrhunderts hat das wenig zu tun. Das haben hoffentlich auch die Linken eingesehen.

Der Austritt aus der NATO ist keine wirkliche Alternative. Deutschland hat zwei Weltkriege geführt, weil wir immer Sonderwege gehen mussten gegen



Staatsbürger in Uniform?



Die Bundeswehr drängt an die Schulen und Hochschulen! In immer mehr Bundesländern schließt sie Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien und sichert sie ihren Jugendoffizieren Zugang in die Klassenzimmer. Die GEW und andere rufen zu einer **bundesweiten Aktionswoche vom 24.- 29. September gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen auf.**

MARTINA SCHMERR, GEW-Hauptvorstand

den Rest Europas und der Welt. Nur im Bündnis gab es Stabilität für und mit uns (trotz uns?) in Europa. Wir haben noch nie so lange ohne Krieg auf eigenem Boden gelebt. Das heißt nicht, dass wir uns aus Kriegen heraushalten können. Soviel haben auch die Grünen in Regierungsverantwortung gelernt. Es geht gar nicht darum, Artikel 26 des Grundgesetzes, das Verbot des Angriffskrieges, außer Kraft zu setzen, sondern Realitäten anzuerkennen. Dass wir keinen Krieg beginnen sollten und dürfen, ist unumstritten. Was ist aber, wenn vor unseren Augen Völkermord stattfindet? Wenn andere Menschen Völkermord begehen, nicht wir? Haben wir dann auch das Recht, wegzuschauen und einen Völkermord zuzulassen? Oder sollten wir uns dann im Rahmen unseres Bündnisses – im Auftrag der NATO oder besser noch der UNO – an Aktionen zur Verhinderung von Völkermord beteiligen?

Ich habe recht viel mit Jugendoffizieren in der politischen Bildung zu tun gehabt. Bei POL&IS-Simulationen habe ich mehr Mahner und Bremser kennengelernt, die dem Drang zum Einsatz einer Atombombe durch Schülergruppen rechtzeitig Einhalt geboten haben. In der Offiziersausbildung gilt das politische Mandat der Bundeswehr und der Parlamentsvorbehalt ohne Wenn und Aber. Wenn ich mit unseren Nachbarn unsere Armeen vergleiche, lachen sie regelmäßig - in kaum einer Armee wird so viel diskutiert und

so wenig ohne Diskussion ausgeführt wie in der Bundeswehr. Die Wehrpflicht hat gerade bei Abiturienten dazu geführt, dass jeder Befehl diskutiert wurde, bevor er ausgeführt wurde. So lassen sich keine Truppen für eine RDF führen. Wenn wir über

In der Offiziersausbildung gilt das politische Mandat der Bundeswehr und der Parlamentsvorbehalt ohne Wenn und Aber

Militarisierung reden, sollten wir uns einmal die politische (oder militärische?) Kultur unserer Nachbarländer anschauen. Dort ist die Armee ins patriotische Selbstverständnis eingraviert in einer Art und Weise, die für uns wie von einem anderen Planeten wirkt – obwohl wir diese Traditionen noch vor 70 Jahren hatten. Man möge in Belfast südlich der Falls Road entlang schlendern und sich dort die Märtyrer-Gedenkstätten der IRA anschauen, die im Pathos schwelgen ob des heldenhaften Kampfes für die eigene Sache. Deutsche Jugendliche verstehen die Sprache nicht mehr, und das ist gut so. Sie lassen sich nicht mehr so einfach beeinflussen – das gilt auch für die Gedenkstätten der *Ulster Defence Association*, der protestantischen Paramilitärs.

Sorgen machen sollten wir uns nicht über Rekrutierungsoffensiven der Bundeswehr, sondern eine andere Form der Militarisierung der Gesellschaft, die keine

Erwähnung im Artikel gefunden hat: der internationale Waffenhandel. Laut SIPRI-Jahrbuch 2012 (<http://www.sipri.org/yearbook/2012/files/SIPRI-YB12Summary.pdf>, S. 12) steht Deutschland an dritter Stelle der Waffenexportationen – hinter den USA und Russland. Dabei ist die Diskussion um die atomare Bewaffnung der israelischen U-Boote nur die Spitze des Eisberges. Die entscheidende Frage ist dabei gar nicht beantwortet worden: Was genau sind denn unsere Lehren aus dem Holocaust, dem Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg? Wie sieht denn unsere Verantwortung aus – sollen oder sollen wir nicht U-Boote an Israel liefern? Wenn ja, dürfen die Israelis sie dann mit Atomwaffen nachrüsten? Insgesamt stellt sich für uns die Frage, ob wir unsere Exportgeschäfte wirklich mit Waffen – nicht mit Waffengewalt – betreiben sollten.

Es stimmt, wir sollten uns weder in Kriegsabenteuer begeben noch Militarisierung unwidersprochen hinnehmen. Dann sollten wir aber unsere Optionen und Interessen offen und kontrovers, vor allem aber differenziert und realistisch diskutieren. Mit undifferenzierter Pauschalkritik wird dem Ansinnen, von deutschem Boden dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen, ein Bärendienst erwiesen. Die Diskussion ist notwendig, sie sollte aber ernsthafter geführt werden.

MARTIN OSTENDORF
Gymnasium Allermöhe